



Professorin Sonia Seneviratne zeigte die Folgen der Erderwärmung und forderte zum Handeln auf.



Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni stand Red und Antwort.



Moderiert wurde der spannende Abend von Bettina Walch.



Jugendvertreter Valentin Ritter erklärte, warum das «Verbot» kein Verbot ist.



Gerwin Frick (Lenum AG): «Durch ein Verbot erhalten wir alle Klarheit.»



Abgeordneter Walter Frick, LIHK-Präsident Klaus Risch und LIHK-Geschäftsführerin Brigitte Haas.



Auf dem Podium diskutierten unter der Moderation von Bettina Walch (rechts): Gerwin Frick (Lenum AG), Peter Hasler (Franz Hasler AG), Valentin Ritter (Jugendvertreter), Sonia Seneviratne (ETH-Professorin) und Fabian Frick (CO-CEO Hoval AG, v. l.). Bilder: Nils Vollmar

## Jedes Zehntelgrad zählt

Mit ihrer Klimastrategie 2050 erhöht die Regierung in Sachen Klimawandel das Tempo.

**Desirée Vogt**

Die Zahlen des Weltklimarates sind alarmierend: Die Welt befindet sich auf einem katastrophalen Weg in Richtung einer Erwärmung von weit über zwei Grad Celsius. Und zwar schneller, als gedacht. Es drohen Naturkatastrophen, Hunger und Fluchtbewegungen. Besonders gefährdet ist West-Zentral-Europa – und damit auch Liechtenstein. Nun gilt es, das Ruder sofort und schnell herumzureissen und die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 °C zu reduzieren. Wie Liechtenstein den Klimawandel anpacken will, zeigt die Klimastrategie 2050 auf, die gestern öffentlich vorgestellt wurde. Da die geplanten Massnahmen jeden Einzelnen treffen, stiess die Veranstaltung im SAL in Schaan auf entsprechend grosses Interesse.

**«Ziel kann mit Status quo nicht erreicht werden»**

Vertreter aus Forschung, Wirtschaft und Politik diskutierten am Montagabend über die notwendigen Massnahmen, um

die Treibhausgasemissionen so rasch wie möglich auf Netto-Null zu bringen. Und das gelingt nur, wenn jeder Einzelne dazu beiträgt, sind sich alle einig. Doch das ist gar nicht so einfach, zumal die Klimakrise aufgrund der Coronapandemie und des Ukraine-Kriegs in den Hintergrund getreten sind. Immerhin hat letzteres tragisches Ereignis vielen Menschen deutlich gemacht, wie gross die Abhängigkeit von fossilen Energien wie Gas und Öl ist und dass Alternativen her müssen.

Die Regierung will aufgrund der alarmierenden Zahlen des Weltklimarates und der sich veränderten Umstände deshalb einen Zahn zulegen. Bis 2030 sollen 50 Prozent der Treibhausgase im Vergleich zu 1990 reduziert werden. Und bis 2050 soll Liechtenstein klimaneutral sein. Dieses Ziel kann mit Freiwilligkeit nicht erreicht werden, ist Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni überzeugt und folgt damit auch der Überzeugung des Landtags, der eine Pflicht für Fotovoltaikanlagen bei Neubauten und Dachsanie-

rungen gefordert hat. Ausserdem soll bei Neubauten ein Verbot fossiler Heizsysteme gelten. Die entsprechende Vorlage befindet sich noch bis zum 19. August in Vernehmlassung und Monauni hofft auf möglichst viele Rückmeldungen. «Uns geht es bei der Vorlage nicht nur um Verbote und Einschränkungen. Sondern auch darum, die Lebensqualität aufrechtzuerhalten. Und ein lebenswertes Land für unsere Nachkommen zu sichern», machte sie klar, wie sehr nun die Hilfe aller notwendig ist, um das Ruder noch herumzureissen.

**«Wir sind gezwungen, unser Verhalten zu ändern»**

Welche Folgen es hat, sollte dies nicht gelingen, verdeutlichte Sonia Seneviratne, Professorin am Institut für Atmosphäre und Klima an der ETH Zürich. «Wir haben eine Klimakrise, Klimaaktionen sind sofort nötig!» Denn was in Zukunft geschehen werde, hänge davon ab, auf welchem Niveau die globale Erwärmung stabilisiert werden könne. Selbst wenn es gelinge, die Erderwär-

mung auf 1,5 °C zu reduzieren, so müsse nach wie vor mit schlimmen Folgen gerechnet werden. «Ich bin mir deshalb nicht sicher, ob es reicht. Aber es ist die beste Option, die wir noch haben», machte sie klar.

Im Rahmen der anschließenden Podiumsdiskussion wurde deutlich, wie herausfordernd die Klimakrise für Gewerbe und Wirtschaft, aber auch für die Jugendlichen ist. Es wurden die Chancen, aber auch die Hindernisse auf dem Weg zum klimaneutralen Liechtenstein aufgezeigt. Ob staatliche Verbote nun gut oder schlecht sind, darin schieden sich die Geister. Die Mehrheit der Teilnehmer sprach sich jedoch dafür aus. «Wir haben in den letzten Jahrzehnten grosse Fehler gemacht. Und sind gezwungen, unser Verhalten zu ändern», so etwa Jugendvertreter Valentin Ritter. Er fordert die Menschen auf, das «Verbot» deshalb nicht als «Strafe» zu sehen, denn das bringe die Menschheit nicht weiter. Es gehe nun darum, weiteres schädliches Verhalten zu verhindern.

## «Ich will meinen Job ordentlich machen»

Regierungschef-Stellvertreterin Monauni zum angekündigten möglichen Referendum.

Dass der ehemalige FBP-Parteipräsident und Landtagsabgeordnete Alexander Batliner angekündigt hat, ein Referendum zu ergreifen, sollte das Vorhaben der Regierung vom Landtag bewilligt werden, bezeichnet Sabine Monauni als «sein gutes Recht». Sie verweist aber darauf, dass vor allem die alarmierenden Berichte des Weltklimarates und nun auch der Ukraine-Krieg die geplanten Massnahmen rechtfertigen. «Ich bin auch für einen liberalen Staat. Und ich

will auch kein Verbot. Es macht zudem keinen Spass, solche Massnahmen zu verkünden. Aber ich will und werde meinen Job ordentlich und richtig machen», so Monauni. «Wir befinden uns nun an einem Punkt, an dem die Freiwilligkeit in bestimmten Bereichen nicht zum Ziel führen wird» ist sie überzeugt.

**«Der Staat hat auch eine Fürsorgepflicht»**

Es sei fairer, jetzt zu reagieren, als in 15 Jahren auf einen Kol-

laps zuzusteuern und dann durchgreifen zu müssen, wenn es vielleicht schon zu spät ist.

Das Argument Batliners, dass staatliche Verbote und Vorschriften Forschung und Innovation hemmen, kann sie gar nicht nachvollziehen. «Im Gegenteil: Wenn wir umsteigen sollen, wird es einen Schub an innovativen und neuen Ideen geben. Gehemmt werden wir nur, wenn wir in der jetzigen Position verharren.» Sabine Monauni verweist weiter darauf, dass die Regierung mit

den geplanten Massnahmen nicht zuletzt auch den Auftrag des Landtages umsetze. Und: «Dass der Staat gegenüber seinen Bürgern auch eine gewisse Fürsorgepflicht hat.» Sicher müsse der Bürger von der Strategie und den einzelnen Massnahmen nun auch überzeugt werden. Bzw. es müsse Bewusstsein dafür geschaffen werden, wie dringlich die Angelegenheit sei. «Dafür ist unter anderem diese Veranstaltung da.»

**Desirée Vogt**